

Ein Masterplan Wohnen für Bonn!

Wohnen in Bonn wird immer teurer, die Mieten steigen schnell, die Kaufpreise explodieren. Längst sind nicht nur Haushalte mit niedrigem Einkommen von dieser Wohnungsnot betroffen. Auch für den Mittelstand werden die Wohnkosten zu einer immer größeren Belastung.

Bonn braucht mehr als 3.000 neue Wohnungen pro Jahr

Um das Bevölkerungswachstum zu bewältigen und den Bonner Wohnungsmarkt wirksam zu entlasten, müssen nach einer Studie des Pestel-Instituts aus Hannover in Bonn pro Jahr mehr als 3.000 Wohnungen neu entstehen. Im Schnitt wurden in den letzten Jahren in Bonn aber lediglich 950 Wohnungen fertiggestellt. Wir brauchen daher eine Wohnungsbau-Offensive in Bonn!

Die äußeren Bedingungen sind gut: Die Zinsen für Wohnungsbau sind auf einem historischen Tief. Auf Initiative der SPD hat die Bundesregierung die Fördermittel für den öffentlichen Wohnungsbau verdoppelt. Land und Bund bieten einen Zuschuss von 35% für den Bau preisgünstiger Wohnungen an. Förderprogramme für besonders innovative Bauvorhaben machen niedrige Mieten möglich.

Jetzt muss auch die Bonner Kommunalpolitik endlich aktiver werden und die Bedingungen für mehr Wohnungsbau schaffen. Die SPD schlägt einen „Masterplan Wohnen“ vor!

MASTERPLAN
WOHNEN
FÜR BONN

Starke Stimmen für Bonn!

Starke Stimmen für Bonn in Düsseldorf und Berlin:



Renate Hendricks
Bonner Landtagsabgeordnete
in Düsseldorf

„Wir müssen für die Zukunft bauen. Aber schon heute.“



Bernhard „Felix“ von Grünberg
Bonner Landtagsabgeordneter
in Düsseldorf

„Bonn muss die Chancen der deutlich verbesserten Wohnraumförderung des Landes endlich entschlossen nutzen!“



Ulrich Kelber
Bonner Bundestagsabgeordneter
und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz

„Bund und Land stellen viel Geld zur Verfügung. Jetzt muss die Bonner Kommunalpolitik die Handbremse beim Wohnungsbau lösen.“

Starke Stimmen aus Bonn!

Starke Stimmen im Bonner Rat:



Bärbel Richter
SPD-Fraktionsvorsitzende
im Rat der Stadt Bonn

„Der Stillstand im Bonner Wohnungsbau muss endlich aufhören.“



Angelika Esch
Sozialpolitische Sprecherin
der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

„Wir möchten bezahlbare Mieten für alle Menschen in unserer Stadt sichern.“



Dr. Helmut Redeker
Planungspolitischer Sprecher
der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

„Eine 30%-Quote öffentlich geförderten Wohnungsbaus bei Ausweisung neuer Baugebiete ist für uns unverzichtbar.“

Wir setzen uns für Sie ein!

Mehr Wohnungen für Bonn!



Sprechen Sie mit uns – wir sind für Sie da.

Herausgeber: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn
Vorsitzende und verantwortlich: Bärbel Richter

Altes Rathaus, Markt 2, 53111 Bonn
Telefon 0228 772080 und 773811
spd.ratsfraktion@bonn.de



MASTERPLAN
WOHNEN
FÜR BONN

1. Stelle für Wohnungsbaukoordination einrichten!

Eine neue Stelle für Wohnungsbaukoordination soll direkt im Dezernat des Oberbürgermeisters Wohnungsbaumaßnahmen beschleunigen und zur Chefsache machen. Sie soll zugleich für mehr öffentlich geförderten Wohnungsbau werben.

2. Städtische Wohnungsgesellschaft Vebowag stärken!

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft Vebowag muss gestärkt werden, damit Fördermittel in Zukunft nicht mehr verfallen. Notfalls muss sie in die Lage versetzt werden, sämtliche öffentlichen Fördermittel alleine zu verbauen. Die Stadt Bonn erhöht ab 2016 bei Bedarf das Eigenkapital der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft, um ihr den Bau zusätzlicher Wohnungen zu ermöglichen. Die von der Koalition beschlossene Zwangsdividende muss gestrichen werden.

3. Ankauf von Belegungsrechten erhöhen!

Die Verwaltung wirbt bei privaten Eigentümerinnen und Eigentümern für den Ankauf von Belegungsrechten über die Dauer von 15 Jahren.

4. Übersicht über alle bebaubaren Flächen schaffen!

Die Stadtverwaltung muss ein Kataster aller für die Wohnbebauung grundsätzlich geeigneter Flächen erstellen. Es muss dabei sichtbar werden, wie schnell Baugenehmigungen erteilt werden könnten. Die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes gibt Gelegenheit, neue Wohnbauflächen auszuweisen.

5. Schneller Baurecht durch mehr Personal im Katasteramt!

Projektentwickler und Investoren klagen, es vergehe zu viel Zeit, bis Bebauungspläne aufgestellt seien. Das Katasteramt muss personell aufgestockt werden, um die Erstellung von Bebauungsplänen zu beschleunigen.

6. Schneller Baugenehmigungen erteilen!

Eine Verkürzung der Bearbeitungszeit von Bauanträgen in Bonn ist dringend erforderlich. Ausstehende Unterlagen und Stellungnahmen anderer Behörden müssen aktiv angefordert werden, um Zeit zu gewinnen. Um dafür mehr Personal zu haben, müssen frei werdende städtische Stellen von der Wiederbesetzungssperre ausgenommen werden.

7. „Runder Tisch Wohnen“ für gemeinsame Aktion!

Wohnungspolitik braucht die Zusammenarbeit aller! Ein „Runder Tisch Wohnen“ soll Verwaltung, Wohnungsunternehmen und -genossenschaften, Investoren, Projektentwickler, Finanzdienstleister, Architekten, Haus & Grund, Mieterverein und Fachverbände zur gemeinsamen Arbeit an der Verbesserung der örtlichen Wohnungsmarktsituation vereinen.

8. Pool öffentlicher Flächen schaffen!

Die Stadt Bonn, das Land NRW mit seinem Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) und der Bund mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) sollen einen Pool öffentlicher Flächen, die für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden können, bilden.

9. Geförderter Wohnraum in allen Bonner Stadtteilen!

In allen Stadtteilen soll geförderter Wohnungsbau Ausgrenzung und Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen verhindern.

10. Quote für öffentlich geförderten Wohnraum!

Beim Verkauf städtischer Grundstücke muss in Zukunft eine Quote von 30% öffentlich geförderter Wohnungen eingefordert werden.

11. Im Bestand maßvoll verdichten!

Möglichst vielen der täglich nach Bonn pendelnden Menschen muss es ermöglicht werden, in Bonn selbst zu wohnen. Dafür muss auch maßvoll verdichtet werden, z.B. durch Erhöhung von Geschossflächen oder Ausbau von Dachgeschossen bei Bestandsgebäuden. Dabei sollen Grünflächen neu geschaffen, erhalten oder aufgewertet und Baudenkmäler in ihrer Struktur geschützt werden.

12. Lockerung des PKW-Stellplatzschlüssels!

Kein Dachgeschossausbau oder Neubau soll mehr am fehlenden Stellplatznachweis scheitern. Die Stadtverwaltung soll die ihr nach der BauO NRW zustehenden Spielräume großzügig ausnutzen.

13. Umwandlung und Umbau von Büroflächen in Wohnraum!

Die Stadtverwaltung bietet Investorinnen und Investoren Unterstützung bei der Umwandlung leerstehender und nicht mehr vermietbarer Büroflächen in energieeffizienten, barrierefreien und preiswerten Wohnraum an.

14. Zweckentfremdung stoppen!

Die Verwaltung soll alle Möglichkeiten ausnutzen, Zweckentfremdung von Wohnraum auszuschließen und zu verhindern.

15. Generationenübergreifendes und genossenschaftliches Wohnen fördern!

Projektinitiativen für generationenübergreifende und genossenschaftlichen Wohnprojekte sollen bei der Grundstückssuche konsequent unterstützt werden. Die Stadt soll ihnen passgenaue Konditionen einräumen, indem ein festgelegter Anteil der zum Verkauf stehenden Flächen für Wohnprojekte reserviert wird oder der Verkauf statt im Bieterverfahren zum Festpreis erfolgt.

16. Projektstelle „Bedarfsgerechtes Wohnen“!

Die Fachstelle „Bedarfsgerechtes Wohnen“ soll permanent eingerichtet werden, um die im wichtigen Projekt „Wohnen und Inklusion“ angestoßene interdisziplinäre Arbeit weiterzuentwickeln.

17. Alternative Finanzierungsmöglichkeiten anbieten!

Bürgerinnen und Bürgern vor Ort sollen sich leichter an Wohnbauprojekten beteiligen können, z.B. durch Genossenschaftsmodelle oder Fondslösungen der Sparkasse KölnBonn. Sie könnte zum Beispiel einen Fonds zur Beteiligung an Bauprojekten oder dem Ankauf von Wohnimmobilien in der Stadt Bonn auflegen, bei dem die Anteile zu Festbeträgen angeboten werden und ein fester Zinssatz ausgeschüttet wird.